

Vom Brenner und dem Massengrab Mittelmeer

Wer im Internet nach den Stichworten „Brenner“ und „Panzer“ sucht, findet ein Bild der deutschen Wehrmacht aus dem Jahr 1943. Es ist nicht nur die historische Erinnerung, die die Ankündigung von Minister Doskozil, zu sogenannten Grenzschutzmaßnahmen Schützenpanzer nach Tirol zu beordern, so Aufsehen erregend machte. Ein Aufsehen, das allzuleicht über die weniger spektakulären Methoden hinweg sehen lässt, den Brenner zu einer Grenze zu machen, die für Menschen auf der Flucht undurchdringlich ist.

Einmal mehr sind 2016 5.000 schutzsuchende Menschen im Mittelmeer ertrunken. Wenn die jetzige Entwicklung anhält, werden es bis Ende des Jahres nochmals so viele sein. Hilfsorganisationen, die ihrer Aufgabe der Seenotrettung nachgehen, werden derweil kriminalisiert, in die Nähe des Menschenhandels gerückt und gezwungen, ihre Aktionen einzustellen. Vom Brenner bis zu den Küsten Italiens ist der Tenor der herrschenden Politik stets gleich: Fluchtrouten zu schließen und die auf dem Weg befindlichen Menschen in Nordafrika anzuhalten.

Die Hilfsorganisation OXFAM sprach von den Flüchtlingslagern in Libyen jedoch als einer „Hölle auf Erden“, ein EU-Protokoll von Anfang August 2017 berichtet von Folter und Vergewaltigung in den Händen der dort den Ton Angebenden. Anfang Jänner werden auch österreichische Truppenteile Bestandteil der EU-Battle Group sein, die künftige sogenannte Hot Spots zur Aufhaltung und Aussortierung von flüchtenden Menschen in Nordafrika bewachen soll.

Zugleich ist die Existenz derjenigen, die es nach Österreich geschafft haben, immer mehr in Frage gestellt. Hat Deutschland nach den fast täglichen Anschlägen in Afghanistan noch zeitweise einen Abschiebestopp dahin verfügt, schiebt Österreich ungebrochen ins Kriegsgebiet ab. Rechtliche Schritte dagegen scheiterten ebenso wie zuletzt das unmittelbare Eingreifen von Aktivist_innen in einer Abschiebemaschine der Turkish Airlines in Schwechat. Die tägliche Unsicherheit ist auch für Geflüchtete in Tirol bedrückend.

Der „Sommer der Migration“ 2015 ist lange her. Grenzöffnungen haben sich seitdem nicht mehr erreichen lassen, Asyl- und Fremden Gesetze wurden weiter verschärft, die nach wie vor vielen in der Hilfe für Geflüchtete engagierten Ehrenamtlichen oft an ihre Grenzen gebracht. Aber an der Situation hat sich nichts geändert: nicht an den Kriegen, nicht an der Verelendung in den Herkunftsländern, nicht an den Bedürfnissen der Menschen, ihrer Not und ihrer Hoffnung. Heute gelten Politiker_innen als realistisch und mutig, die dieser Lage mit noch mehr Repression begegnen. Der Mut und der Realismus, der gefordert sein müsste, ist aber derjenige, die Rechte der schutzsuchenden Menschen endlich anzuerkennen und von Nordafrika bis zum Brenner und darüber hinaus für gerechte Verhältnisse, Bewegungsfreiheit und gesellschaftliche Solidarität zu sorgen.

Matthias B. Lauer

FLUCHTpunkt Hilfe – Beratung – Intervention für Flüchtlinge

Gastkommentar für die FREIRAD-Programmzeitung Okt-Dez 2017